Nr. 322. 45. Jahrgang.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: Tragheim Nr. 13. Nebenstellen: Sattlerei Nr. 10, Steindamm Nr. 25. Anzeigen-Annahme: für die Abendnummer bis 10 Uhr vormittags, für die Morgennummer bis 3 Uhr nachmittags, in den Nebenstellen bis 1½ oder 1½ Std.

Fernsprech-Anummern: Redaktion Nr. 66, Hauptkontor Nr. 210, Anzeigen-Annahme Nr. 350, Zeitungs-Ausgabe Nr. 1041, Druckerei Nr. 1051, Nebenstelle Sattl. Nr. 1052, Nebenstelle Steindamm Nr. 2572.

Berliner Redaktion: Berlin W. 9, Linkstraße Nr. 18.

Telegramm-Adresse: Allgemeine Königsberger.

Postscheckkonto Königsberg 2896.

Abend-Ausgabe.

Königsberger Allgemeine Zeitung

Mitbegründer: Alexander Wynecken.

Montag den 12. Juli 1920

Bezugspreis vierteljährlich: 21,00 M., mit 7,00 M. b. Selbstabholung, 18,00 M., mit 6,00 M. bei Postbezug, Haus 19,80 M., mit 6,60 M. b. Post u. Selbstabholung 16,00 M., mit 6,00 M.

Anzeigenpreis 1,50 M. für die Kleinzeile und 1 M. Teuerungszuschlag, bei Platzvorschrift 25 M. für Zeile mehr, Stellengesuche 2,00 M., Reklamen 7,50 M., bei Platzvorschrift 8,00 M. Preisangabe für 1000 Zeilen 10 M. ausschl. Postgebühr. Für Umfang und Gewicht erhöhter Preis. Keine Gewähr für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen.

Im Falle höherer Gewalt, wie Betriebsstörung, Aufruhr, Streik usw., haben unsere Abonnenten und Bezieher keinen Anspruch auf Erfüllung der Anzeigenaufträge, Nachlieferung der Zeitung oder Zahlung von Schadensersatz. Erfüllungsort Königsberg i. P.

Einzelne Zeitungen 20 Pfennige.

Glänzender Abstimmungssieg in Ost- und Westpreußen.

Im ostpreußischen Abstimmungsgebiet 98, im westpreußischen 92 Prozent der abgegebenen Stimmen für Deutschland. — Weitere Verschärfung der Situation in Spaa: Keine Einigung der Sachverständigen über die Kohlenfrage, die Entscheidung auf heute vertagt. — Der deutsche Plan für die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. — Exkaiserin Eugenie †.

Für eilige Leser.

Drängen Millerands auf Beendigung der Spaa-Konferenz am heutigen Montag.

Die deutschen Kohlen-Sachverständigen verließen die Beratungen wegen der Unnachgiebigkeit der Franzosen.

Die Parteiführer im Reichstag von Fehrenbach zur Entscheidung über Deutschlands Stellung zur Kohlenfrage anberufen?

Die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge in Spaa überreicht.

Ein englisch-amerikanischer Zwischenfall in Spaa.

Endgültige Einigung der Alliierten über die Verteilung der Entschädigungssumme.

Millerand fordert nicht nur strikte Durchführung, sondern sogar Verschärfung des Friedensvertrages von Versailles.

Entscheidung des Obersten Rats über die Danziger Frage: Die Verwaltung Danzigs wird durch eine Danzig-polnische Kommission bestimmt.

Die Brüsseler Finanzkonferenz aufgeschoben.

Waffenstillstandsgesuch der Polen an die Bolschewisten bevorstehend?

Die Entente verspricht den Polen sofortige Hilfeleistung gegen die Bolschewisten.

Die Entscheidung des Ministers für Wissenschaft im Berliner Schulstreik.

Die Ortschaften Schleife und Kunzendorf in Schlesien Deutschland zugesprochen.

Neue Teilstreiks auf den Gütern im Kreise Bolgard.

Voraussichtliche Witterung: Keine wesentliche Aenderung.

Ostpreußen!

Die Entscheidung in unserer Grenzmark ist gefallen, wie Millionen von Deutschen sie ersehnten und zuversichtlich erwarteten. Für unser geliebtes, deutsches Vaterland hat sich die gewaltige Mehrheit in den ost- und westpreußischen Abstimmungsgebieten entschieden. Im Namen der Regierung begrüße ich die Schwestern und Brüder, die nun dauernd bei Ostpreußen verbleiben und die aus den westpreußischen Abstimmungsgebieten neu zu Ostpreußen hinzutreten. Heißen Dank all den Tausenden deutscher Frauen und Männer, die für die Erreichung dieses schönen Zieles ihre beste Kraft eingesetzt haben! Heißen Dank auch den mehr als Hunderttausend Männern und Frauen, die trotz aller von den Polen aufgerichteter Hemmnisse aus allen Gauen Deutschlands herbeieilten, um die ostpreußische Scholle gegen fremden Landhunger zu verteidigen. Es ist gelungen! Was wir ererbt von unsern Vätern hatten, wir haben es erworben, um es zu besitzen.

Wenn die Verfasser des Versailler Diktatfriedens etwa glaubten, durch die Forderung einer Abstimmung im deutschen Ostpreußen einen Keil der Zwietracht zwischen uns zu treiben, die wir hier auf einsamem Vorposten stehen, so können wir jetzt frohen Herzens erklären: sie haben das Gegenteil erreicht! Ob Westpreuße, ob Masur, ob Ermländer, gerade durch die Notwendigkeit, in freier Abstimmung über sein eigenes Deutschtum, über seine Zugehörigkeit zu deutscher Kultur und Sitte zu entscheiden, ist sich jeder von uns klar geworden, wie tief das deutsche Gefühl in ihm wurzelt. Als freie Menschen haben alle Teile der Bevölkerung, der Kopfarbeiter und der Handarbeiter, Frauen und Männer, der Gutsbesitzer wie der Bauer und der Landarbeiter, der Angestellte, der Handwerker, der Beamte, der Industriearbeiter wie der Großindustrielle, kurz alle Berufsarten und alle Volksschichten, dahin entschieden: Wir sind deutsch und deutsch wollen wir ewig bleiben! Ein starkes, einheitliches Nationalbewußtsein hat sich gerade infolge der Notwendigkeit der Abstimmung in unserem Volke gezeigt und hat uns mit der freudigen Gewißheit erfüllt, daß Parteiunterschiede uns Deutsche zwar zu politischen Gegnern machen können — der politische Kampf ist notwendig — doch aber Jeder in dem Andern an erster Stelle und immer zuerst den Deutschen zu sehen hat, der ihm näher steht, als selbst jener Klassengenosse anderer Völker.

Wir Ostpreußen — und mit diesem Ausdruck fasse ich auch die neu hinzutretenden westpreußischen Brüder und Schwestern zusammen — dürfen uns jedoch durch dieses starke Gefühl des Deutschtums nicht zu nationalistischen Uebertreibungen hinreißen lassen. Dazu ist die Lage unserer Provinz zu schwer und zu ernst. Sollten wirklich in Polen Bestrebungen vorhanden sein, sich ostpreußisches Land mit Gewalt zu holen, nachdem es ihnen der Wille der Bevölkerung versagt hat, so wäre ein solches Beginnen frevelhafter Wahnwitz und würde auf schärfsten Widerstand stoßen. Aber es kann nicht unsere Aufgabe sein, etwaigen Abenteuerlustigen in Polen dadurch Vorschub zu leisten, daß wir Angehörige der polnischen Nation oder anderer unserer Nachbarstaaten in Ostpreußen hart und ungerecht behandeln oder gar uns in nationaler Leidenschaft zu Gewalttätigkeiten gegen sie hinreißen lassen. Wir sind — gerade die Abstimmung hat es gezeigt — trotz allen außenpolitischen Druckes und trotz aller furchtbaren Nachwirkungen des verlorenen Weltkrieges doch ein national so gefestigtes Volk, daß wir solche äußerlichen Uebertreibungen der Kraft unseres Volkstums nicht brauchen. Ehrlichen und gerechten Schutz wollen wir jeder Minderheit fremden Stammes gewähren. Ich ersuche auf das Entschiedenste die Beamten aller Grade, im gleichen Sinne zu handeln, mag es sich um polnische, litauische oder andersstämmige Angehörige unseres Staates handeln. An die Bevölkerung Ostpreußens richte ich die dringende Aufforderung, in gleichem Sinne zu arbeiten, zum Wohle unserer gemeinsamen teuern Heimat.

Haben wir uns Alle außenpolitisch zu dem Bekenntnis zur deutschen Kultur und Sitte in diesen Tagen zusammengefunden, so mag mein Aufruf ausklingen mit der Bitte, auch im innerpolitischen Streit und im Wirtschaftsleben das Gefühl der Gemeinsamkeit unserer staatlichen Interessen allen anderen voranzustellen. Gegensätze sind auch hier unvermeidlich und sie sind notwendig zur Erhaltung der treibenden Kräfte in der inneren Politik und im Wirtschaftsleben. Unsere Wirtschaft steht aber gerade jetzt an einem besonders kritischen Wendepunkt. Rohstoffmangel und Absatzstockungen lähmen unsere Industrie, die noch immer anhaltende Teuerung aller Lebensbedürfnisse treibt zu Lohnforderungen. Es ist ein Augenblick des Uebergangs, der immer große Schwierigkeiten bringt. Streiks und andere Krankheitserscheinungen unseres wirtschaftlichen Lebens zeigen sich. In diesem Augenblick richte ich die dringende Bitte an alle am Wirtschaftsleben beteiligten Kreise: Denkt an das uns allen gemeinsame Interesse der Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens! Tue jeder das, was ihm irgend möglich ist, um Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen und vorhandene Gegensätze nicht zu vertiefen. Gemeinsam mit voller Kraft an die Arbeit für ein neu erstarkendes deutsches Wirtschaftsleben, für unsern neu erbauten Volksstaat, an eine Arbeit, von der unsere Kinder und Enkel einst die Früchte ernten werden!

Ostpreußen! Der Kampf um unser Deutschtum in unserer engeren Heimat ist mit der siegreichen Abstimmung noch nicht beendet. In zäher Arbeit und in alter Treue haltet zusammen und steht fest zu unserm deutschen Vaterlande, zu unserm mit uns in Not um unsere Zukunft ringenden Deutschen Reich!

Siehr,
Kommissarischer Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

Glänzender Abstimmungssieg in Ost- und Westpreußen.

Soli. Allenstein, 12. Juli.

(Drahtmeldung unseres in das Abstimmungsgebiet entsandten Redaktionsmitgliedes.)

Das Ergebnis der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen bedeutet einen Sieg von so gewaltigem Umfange, daß selbst die höchsten Erwartungen übertroffen scheinen. Man fragt sich zunächst: Wie hat es die Entente überhaupt wagen können, in diesen Ländern, die sich gestern als durch und durch deutsch bekannt haben, den vielfachen Plagen einer Volksabstimmung auszusetzen? Wenn man heute eine Volksabstimmung zwischen Deutschen und Polen etwa in Berlin vornehmen wollte, so könnte das Ergebnis ja kaum günstiger sein. Fast 98 Prozent der Stimmen sind für Deutschland; das bedeutet, daß dieses Land überhaupt keinen gemischten Nationalcharakter besitzt und daß man von einer festen polnischen Minderheit überhaupt nicht sprechen kann, wenn man die Gesamtverhältnisse ins Auge faßt. Unter den zwei Prozent Polen in Ostpreußen sind selbstverständlich auch noch mancherlei Stimmen, die von verärgerten und politisch nichternst zu nehmenden Deutschen abgegeben worden sind oder durch niedrige polnische Intrigen wie Stimmenkauf und Stimmenfälschung verursacht wurden. Im übrigen sind die polnischen Stimmen auf einige im deutschen Gebiet eingestreuten Enklaven verteilt. Nennenswerte polnische Ziffern weisen lediglich die Kreise Allenstein-Land und Osterode auf. Im Kreise Allenstein-Land haben es die Polen auf etwas über 4000 Stimmen gebracht. Allerdings erreichen sie gegenüber den deutschen Stimmen kaum mehr als 10 Prozent der Gesamtstimmen. Das ist um so erfreulicher, als in einigen Ansiedlungen dieser Gegend seit alters her ein beträchtlicher polnischer Einschlag nicht zu verkennen war. Da aber der Kreis Allenstein kein Grenzkreis ist, so können die polnischen Stimmen bei der Grenzziehung unmöglich zugunsten der Polen in Betracht kommen. Im Kreise Osterode, der ebenfalls eine Reihe gefährdeter Bezirke aufwies, ist das Stimmenverhältnis zugunsten der Deutschen auch weit beträchtlich. Hier haben die Polen auch nur etwa zwei Prozent der Stimmen aufgebracht, also nur den Durchschnittssatz erreicht, der für das Gesamtgebiet gilt. Zu den gefährdeten Gebieten hatte man auch den Südteil des Kreises Rössel gerechnet, insbesondere die Umgebung von Bischofsburg. Auch hier sind die Befürchtungen erfreulicherweise nicht eingetroffen; das Verhältnis hielt sich auch hier im Rahmen des Gesamtdurchschnitts, was der gerade in dieser Gegend vorzüglichen deutschen Agitation zu danken ist. Der Grenzkreis Neidenburg, in dem man ebenfalls mit starken polnischen Elementen rechnete, hat sich sogar noch unter den Durchschnitt der polnischen Stimmen des Gesamtgebietes gehalten. Die Ergebnisse aus dem eigentlichen Masuren sind derart, daß man die Abstimmung überhaupt wie eine überflüssige Farce, wie einen schlechten Scherz empfindet. Im Kreise Oletzko stehen den 28 000 deutschen Stimmen nicht mehr und nicht weniger als zwei polnische Stimmen gegenüber. In Lötzen haben es die Gegner sogar glücklich auf neun gebracht, und selbst im Kreise Johannisburg, der an Polen grenzt und in der großen Heide eine Reihe unsicherer Bezirke aufwies, haben sich nur vierzehn Personen zum weißen Adler bekannt, während 33 000 deutsche Stimmen abgaben. In diesem Falle bedarf es wirklich schon besonderer rechnerischer Methoden, um überhaupt noch einen Prozentsatz, ein Stimmenverhältnis festzustellen. Das ganze masurische Volk hat also getreu seiner alten ostpreußischen Tradition sich zum Deutschtum bekannt und das in Paris seinerzeit eifrig verbreitete Märchen von dem Polentum der Masuren ist in seiner ganzen Lächerlichkeit entlarvt worden. Im gesamten Abstimmungsgebiet haben nur neun Gemeinden eine polnische Mehrheit erreicht. Diese Gemeinden sind einesteils der Bevölkerungsziffer nach unbedeutend, anderenteils liegen sie nicht unmittelbar an der Grenze und können somit auch nicht Polen zuerkannt werden. Es besteht kein Zweifel daran, daß auch der Gilgenburger Bezirk mit der Soldauer Bahn auf Grund des Stimmenergebnisses bei Deutschland bleiben muß. Gegenüber diesen ungeheuren deutschen Mehrheiten auch im südöstlichen Teil des Kreises Osterode wird die Entente das Abstimmungsergebnis respektieren müssen und wird es nicht wagen können, unter dem fadenscheinigen Vorwand geographischer oder wirtschaftlicher Forderungen diesen Zipfel den Polen zuzusprechen. Die Abstimmungsergebnisse sind naturgemäß noch nicht ganz endgültige. Erst morgen werden sich die amtlichen Wahlziffern feststellen lassen. Vorläufig fehlt noch das Resultat aus etwa 60 kleineren Ortschaften des Gesamtgebietes. Es handelt sich aber dabei ausnahmslos um Gegenden, deren deutscher Charakter einwandfrei feststeht. So wird also das endgültige Ergebnis keineswegs den großen Sieg der deutschen Sache beeinträchtigen.

Auch das Ergebnis aus Westpreußen wird schon für günstig gehalten, insbesondere das Stimmenverhältnis im Kreise Stuhm, weil dieser Kreis in der Tat einen nicht unerheblichen polnischen Einschlag hatte. Immerhin haben hier die Deutschen doch eine Dreiviertelmajorität behauptet. Auch die Ergebnisse im Kreise Marienwerder sind über Erwarten günstig. Ein endgültiges Wort über das westpreußische Abstimmungsgebiet läßt sich noch nicht sagen, weil die Ziffern noch zu wenig Gesamtziffern sind und sich größtenteils noch aus Teilergebnissen zusammensetzen. Immerhin rechnet man mit 92 Proz. deutscher Stimmen.

Der glückliche Ausfall der Wahlen in Ostpreußen ist wesentlich ein Verdienst der hervorragenden Organisation des Ostdeutschen Heimatdienstes und seiner Zweigstelle Allenstein. Außerdem hat der Ermländerbund und der Masurenbund höchst erfolgreich agitatorisch gewirkt. Der umfassenden Abwehr und Propagandaorganisation ist es zu danken, daß der Prozentsatz der polnischen Wahlstimmen gegenüber dem Vorjahre nicht unerheblich zurückgegangen ist. Bei den Kreistagswahlen im Jahre 1919 haben bekanntlich im Regierungsbezirk Allenstein 4 Prozent der Bevölkerung polnisch gewählt. Dieser Prozentsatz ist nun fast um die

Hälfte zurückgegangen. Wenn man diesen Erfolg auch teilweise dem Umstand zuzuschreiben hat, daß die vielen Abstimmungsgäste aus dem Reich dazu mit beigetragen haben, so ist andererseits im Vorsopor die polnische Agitation noch nicht so betriebsam gewesen wie sehr. Die polnische Agitation, die vor keinem noch so bedenklichen Mittel zurückschreckte, hat jedenfalls durch ihre Methode das Gegenteil von dem erreicht, was sie bezweckte. Sie hat selbst manche Kreise, die ursprünglich für Polen Sympathie zeigten, zurückgeschreckt.

*

In Ostpreußen.

Königsberg, 12. Juli. Von zuständiger Seite erfahren wir: Aus dem ostpreußischen Gebiet liegen die Meldungen aus 1601 Bezirken vor. Davon haben 1552 eine deutsche und 9 eine polnische Mehrheit. 353 655 deutschen Stimmen (87,9 Prozent) stehen 7408 polnische (2,1 Prozent) gegenüber. Aus 63 sicheren Bezirken ist das Ergebnis noch nicht gemeldet.

Die Stimmen verteilen sich wie folgt: (Die Angaben über die Einzelergebnisse sind zum Teil älteren Meldungen entnommen und sollen nur zur Kennzeichnung der Stimmenverteilung dienen.)

	Deutsche Stimmen	Polnische Stimmen
Oberode (Kreis	**47108**	**1030**
Hohenstein	1787	12
Liebemühl	1512	0
Osterode	1204	49
Oberode (Stadt)	8686	17
Neidenburg (Kreis)	**22096**	**320**
Neidenburg (Stadt)	3156	17
Allenstein (Stadtk.)	**16742**	**342**
Allenstein (Land)	**30444**	**4423**
Wartenburg	3013	149
Alt-Wartenburg	419	19
Ortelsburg (Kreis)	**43999**	**449**
Ortelsburg (Stadt)	25824	270
Willenberg	1800	24
Passenheim	1459	40
Rastel (Kreis)	**35478**	**758**
Bischofsburg	3400	49
Sensburg (Kreis)	**34054**	**25**
Sensburg (Stadt)	3664	4
Johannisburg (Kreis)	**33627**	**14**
Johannisburg (Stadt)	2933	9
Biallа	1435	0
Arys	1486	0
Sitzen (Kreis)	**29025**	**9**
Sitzen (Stadt)	4909	3
Lyck (Kreis)	**35574**	**37**
Lyck (Stadt)	8329	7
Oletzko (Kreis)	**28649**	**2**
Marggrabowa	3913	0

*

S—m. **Allenstein, 11. Juli.** (Drahtmeldung unseres in das Abstimmungsgebiet entsandten Redaktionsmitgliedes.) In Marggrabowa sind in 36 Ortschaften keine polnischen Stimmen abgegeben worden, im Johannisburger Kreise ebenfalls. In Sitzen in 15 Ortschaften keine polnischen Stimmen, in Neidenburg in 16 Ortschaften nur 19 polnische Stimmen, in Allenstein in 7 Ortschaften nur 27 polnische Stimmen, in Sensburg in 39 Ortschaften 3 polnische Stimmen, in Osterode in 15 Ortschaften 9 polnische Stimmen.

Der Verlauf der Abstimmung.

Königsberg, 11. Juli, 10 Uhr abends. Im Abstimmungsgebiet fanden heute vormittag noch überall feierliche Gottesdienste statt, bei denen die Kirchen von einer andächtigen Menge dicht gefüllt waren. Die Abstimmungstätigkeit setzte gleich nach der Eröffnung der Wahlhandlung außerordentlich rege ein und hielt sich tagsüber auf gleicher Höhe, so daß bis in den Nachmittagsstunden die Hauptschlacht eigentlich überall schon geschlagen war. Erhebliche Störungen der Wahlhandlungen sind bis jetzt nicht bekannt geworden. Auch sonst wird bisher durchweg Ruhe gemeldet.

Sch. **Allenstein, 11. Juli.** (Drahtmeldung unseres ins Abstimmungsgebiet entsandten Redaktionsmitgliedes.) Die Wahlbeteiligung ist im ganzen Abstimmungsgebiete ungeheuer stark gewesen. Der Prozentsatz läßt sich zwar noch nicht feststellen, doch dürften nur ganz wenige Prozent ausfallen. Die Wahllokale in der Stadt Allenstein waren wie im ganzen Abstimmungsgebiet in drei Gruppen eingeteilt. Auf der ersten Liste wählten die hier Geborenen und Ansässigen, auf der zweiten Liste die Zuzügler aus dem Reich und dem übrigen Ostpreußen, die hier geboren sind, auf der dritten Liste diejenigen, die die vorschriftsmäßige Zeit sich hier bereits aufhalten, ohne hier geboren zu sein. Die Wahlbeteiligung war insbesondere in den Bezirken der Liste zwei ganz außerordentlich stark. Die Wahlhandlung war in den Vormittagsstunden schon sehr umfangreich, sodaß bis 4 Uhr nachmittags bereits drei Viertel der Abstimmungsberechtigten gewählt hatten. Man konnte vor den Wahllokalen beobachten, wie selten den zahlreichen polnischen Zettelverteilern ein Zettel abgenommen wurde. Die Entente-Kommission revidierte im Laufe des Mittags überall die Wahllokale; sie fährt auch in Autos in die Dörfer und übte hier die Kontrolle aus. Auch die Japaner beteiligten sich daran. Auf den Landstraßen sah man verschiedene japanische Autos mit der roten Sonne auf weißem Grunde. Den ganzen Tag hindurch fanden sich auf den Straßen Gruppen zusammen, die deutsche Lieder sangen. In den Restaurants wurden überall deutsche Lieder gespielt. Vor dem Hauptquartier des Ostdeutschen Heimatbundes, das zugleich Pressequartier ist, wurden im Laufe des Nachmittags die ersten Nachrichten über den Verlauf der Abstimmung bekanntgegeben. Gegen Abend sammelte sich vor dem Pressequartier eine große Volksmenge an, die gespannt auf die ersten Teilresultate wartete. Als von Stunde zu Stunde die für Deutschland so außerordentlich günstigen Teilresultate einliefen, bemächtigte sich der Menge ungeheurer Jubel und fortgesetzt wurden nationale Lieder gesungen und begeisterte Hochrufe auf Deutschland ausgebracht.

*

In Westpreußen.

Marienwerder, 12. Juli. (W. T. B.) Um 4 Uhr morgens lagen die gesamten Abstimmungsergebnisse der westpreußischen Gebiete vor. Insgesamt sind danach 99 306 gültige Stimmen abgegeben worden, davon für die Deutschen 91 624 und für Polen 7682. Dieses Ergebnis übersteigt die deutschen Erwartungen über alle Maßen und beweist von neuem die von deutscher Seite immer wieder betonte Unsinnigkeit der von der Entente durchgeführten Abstimmung in Westpreußen.

Der größte Teil der Ortschaften am östlichen Weichselufer, von denen die Polen glaubten, daß sie geschlossen für Polen stimmen würden, haben vorwiegend deutsch gestimmt.

Auf die einzelnen Kreise verteilt sich dieses Ergebnis wie folgt: (Bezüglich der Einzelergebnisse innerhalb der Kreise verweisen wir auf die Anmerkung zu der ostpreußischen Tabelle.)

	Deutsche Stimmen	Polnische Stimmen
Marienburg (Kreis)	**17437**	**156**
Marienburg (Stadt)	0977	4019
Stuhm (Kreis)	**18298**	
(15 Bezirke fehlen)	2075	749
Stuhm (Stadt)	2215	1506
Marienwerder (Kreis)		
(15 Bezirke fehlen)	4746	235
Deutsch-Eylau	3323	50
Riesenburg	33684	1074
Rosenberg (Kreis)	2430	8
Rosenberg (Stadt)	1272	227

*

Marienwerder, 11. Juli. (W. T. B.) Die heutige Volksabstimmung ist im westpreußischen Gebiet ohne Zwischenfall verlaufen. In den Städten und größeren Dörfern hatte die Unruhe der letzten Tage einer ruhigen Stimmung Platz gemacht. Italienische Kommandos durchfuhren in Kraftwagen das Gebiet und sorgten für Ordnung.

Nach Schluß der Abstimmung in Marienwerder versammelte sich vor dem Deutschen Hause eine große Menschenmenge, die die Bekanntgabe der einzelnen Ergebnisse, die zum größten Teil für Deutschland außerordentlich günstig sind, mit großer Begeisterung aufnahm. Es fehlte aber auch nicht an Gemeinden, in denen das polnische Element überwogen hat.

(Fr. **Marienburg, 11. Juli.** (Drahtmeldung unseres ins westpreußische Abstimmungsgebiet entsandten Redaktionsmitgliedes). Die Abstimmung ist hier ruhig verlaufen und hat einen vollen deutschen Sieg ergeben. Der Nachbarkreis Stuhm ist gleichfalls gesichert.

*

Sind polnische militärische Putsche zu befürchten?

Von Königsberger zuständiger Seite wird durch W.T.B. mitgeteilt:

In den Zeitungen vom 7. Juli ist die Nachricht verbreitet, daß die Polen planen, sofort nach der Abstimmung im Falle einer Abstimmungsniederlage das Abstimmungsgebiet militärisch zu besetzen. Truppen sollen hierfür bereitstehen. Diese Nachricht ist unrichtig. Die Polen haben jeden irgendwie brauchbaren Soldaten in dem schweren Kampf an der Bolschewistenfront eingesetzt. An der ost- und westpreußischen Grenze stehen nur geringe Grenzwachen und Ersatzformationen, die für größere militärische Unternehmungen nicht in Frage kommen.

Weitere Verschärfung in Spaa. — Drohender Abbruch der Konferenz.

T. **Paris, 12. Juli.** (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Die heutigen Pariser Blätter bezeichnen den gestrigen Tag als verloren und fragen, wie die Konferenz mit ihren Arbeiten fertig werden wolle, da Millerand darauf beharre, heute abend Spaa zu verlassen. „Petit Parisien" bezweifelt, daß man heute in der Kohlen- und Entschädigungsfrage zu einem Einvernehmen kommen werde, da die Alliierten über mehrere Punkte uneinig seien.

Ueber die gestrigen Verhandlungen der Sachverständigen meldet „Echo de Paris": Im Laufe der Beratungen erklärte der deutsche Berichterstatter Sch., daß man die deutschen Delegierten zu Verhandlungen eingeladen habe, daß aber die Franzosen von ihren Forderungen nicht ablassen wollten. So bliebe nichts übrig, als sich zu entfernen. Das tat er auch, gefolgt von seinen Kollegen. Von Lloyd George, der gestern an einem Magenübel litt und das Zimmer nicht verließ, wurde Millerand die Annahme eines Vermittlungsvorschlages empfohlen auf Lieferung von 18 Millionen Tonnen deutscher Kohlen. Es wird vermutet, daß die Sachverständigen auch heute zu keiner Einigung kommen werden und die Kohlenfrage durch einen Schiedsspruch der Alliierten geregelt wird, der natürlich wieder ein Diktat sein wird.

Von der deutschen Delegation will „Echo de Paris" erfahren haben, daß gestern ein Einvernehmen in der Kohlenfrage nicht zustande kam, daß Millerand dem Reichskanzler gedroht habe — ähnliche Behauptungen stellen auch die anderen Blätter auf — und daß Fehrenbach sich an die Parteiführer im Reichstag gewandt habe, um ihre Entscheidung einzuholen. „Echo" nimmt an, daß die deutschen Parteiführer, die nur mit Mühe zu bewegen waren, ihre Zustimmung in der Abrüstungsfrage zu dem Diktat der Alliierten zu geben, in der Kohlenfrage unnachgiebig sein würden und daß es zu einem Bruch der Konferenz kommen dürfte. Mit einem solchen Bruch der Konferenz rechnet ein großer Teil der Pariser Presse. Von Lloyd George, der das Herz der Konferenz ist, nimmt „Echo" an, daß er versuchen wird, einen Bruch zu vermeiden und ein Kompromiß zu empfehlen. Falls es doch zu dem Bruche kommen sollte, würde die Durchführung des Versailler Vertrages, wie er ist, beschlossen werden. Die Wiedergutmachungskommission würde alle Entscheidungen in der Kohlenfrage und in der Entschädigungsfrage imperativ treffen.

Dem Vertreter des „Matin" in Spaa erklärte Stinnes, daß die Deutschen in der Kohlenfrage nicht nachgeben würden; eine Möglichkeit, sich mit den Alliierten zu verständigen, bestände nicht. Auf den Einwand, daß hiermit der Mißerfolg der Konferenz gegeben sei, sagte Stinnes, daß wisse er wohl und habe es auch vorausgesehen. „Matin" schreibt, Stinnes gebrauche seinen Einfluß, und wenn die Alliierten zu militärischen Maßnahmen schreiten müßten, dann sei Stinnes derjenige, dem das deutsche Volk dies zu verdanken habe.

Die Sitzungen am Sonnabend und Sonntag ergebnislos.

Spaa, 10. Juli. (W. T. B.) In der heutigen Nachmittagssitzung der Konferenz erklärte Millerand im Namen der Alliierten, daß die Entente es für höchst wünschenswert halte, daß man sich in Deutschland durch sachverständige Beratungen über die Kohlenfrage so rasch wie möglich unterrichte. Er schlug sodann den sofortigen Zusammentritt der beiderseitigen Sachverständigen zu Kommissionsberatungen vor. Die deutsche Delegation stimmte zu und die beiderseitigen Sachverständigen traten sofort zu einer Sitzung zusammen. Bei einer Pause machte Minister Dr. Simons längere Ausführungen über die Wiedergutmachungsfrage und erklärte sich bereit, die deutschen Vorschläge in kürzester Frist, voraussichtlich bis morgen Abend, vorzulegen. Die Sitzung wurde darauf auf Sonntag 5½ Uhr nachmittags zur Entgegennahme des Berichtes der Kohlenkommission vertagt.

Spaa, 11. Juli. (W. T. B.) Bei Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende Ministerpräsident de la Croix mit, daß der britische Ministerpräsident unpäßlich sei und daher die Entscheidung in der Kohlenfrage, über die die beiderseitigen Sachverständigen gestern beraten, bis zur morgigen Sitzung verschoben werde. Er richte daher an die deutschen Delegierten die Frage, ob sie bereit seien, uns doch schon für heute nachmittag zugesagten Wiedergutmachungsvorschläge vorzulegen. Reichsminister Dr. Simons erklärte, die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge seien fertiggestellt und der Konferenz, im Laufe des Nachmittags zugehen lassen. Er bedauere, daß dessen unmittelbar vor der Sitzung erfahren, daß bei den Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Sachverständigen in der Kohlenfrage keine Einigung erzielt worden sei. Wegen der grundlegenden Bedeutung der Kohlenindustrie für das deutsche Wirtschaftsleben sei die deutsche Delegation nicht imstande, vorher die Wiedergutmachung vorzulegen, solange die Kohlenfrage unerledigt sei. Millerand erklärte, daß ihn diese Erklärung beunruhige. Er verlas den Bericht der Alliierten der Sachverständigen und dankte indessen, daß eine Entscheidung der alliierten Regierungen erst morgen stattfinden werde, und erinnerte an die Ueberreichung der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge. Dr. Simons führte darauf aus, daß nach dem von Millerand verlesenen Bericht Deutschland das monatlich zweieinhalbfache des von den Sachverständigen vorgeschlagenen angesetzten Kohlenquantum verlangt. Es sehen sich die deutsche Industrie nur ein Drittel der notwendigen Kohlenbedarfs verbleiben werde. Auf Vorschlag wurde die Sitzung zwecks einer internen Besprechung der Delegierten kurze Zeit vertagt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Dr. Simons, daß die deutschen Delegierten einstimmig der Meinung seien, daß die Kohlenfrage erst morgen gefaßt werde, beschlossen haben, die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge zu überreichen. Er überreichte Exemplare derselben dem Generalsekretär der Konferenz und erklärte dabei die Konferenz, die Gesamtheit der deutschen Vorschläge, die aus dem Friedensvertrag an Land dieser Vorschläge, der einen Plan umfassenden Vorschläge zusammen mit der Kohlenfrage zu prüfen und vorläufig die Entscheidung zu vertagen. Weiter betonte der Minister, daß die Vorschläge der deutschen Delegierten der Zweck der Konferenz von Genua sollte, an Stelle der reinleidigen Festsetzung der Leistungen aus dem Friedensvertrag in Gemäßheit des Artikels 233 die Wiedergutmachungskommission die Festsetzung durch freier gegenseitiger Aussprache treten zu lassen. Millerand entgegnete unter Verlesung des in Sen Nachmittagsschlusses, daß der Vertrag von Versailles einschließlich des Artikels 233 die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten bleibe. Die Sitzung wurde auf Montag 11 Uhr vertagt.

Ein englisch-amerikanischer Zwischenfall in Spaa.

Paris, 11. Juli. (W. T. B.) Der Korrespondent des „Matin" in Spaa meldet von einem englisch-amerikanischen Zwischenfall: Lloyd George sagte einem amerikanischen Journalisten die Frage, warum man in der Frage der Wiedergutmachungsvorschläge wolle, die Amerikaner seien daran schuld, daß die Alliierten sich in schlechter Lage befänden. Das sei nach Washington kabelt worden. Lloyd George, der gestern abend an dem Bankett der englisch-amerikanischen Presse den Vorsitz führte, ist nicht erschienen. In Spaa werde allgemein von diesem Vorfall gesprochen.

Der deutsche Plan für den Wiederaufbau der zerstörten Ententegebiete.

Spaa, 11. Juli. (W. T. B.) Der heute vorgelegte Plan für die Sachleistungen gemäß Artikel 236 und Anlage IV zu Teil VIII des Friedensvertrages besagt:

A. Deutschland ist auf Grund des Artikels 236 und Anlage IV zu Teil VIII des Friedensvertrages verpflichtet, zum Zwecke der unmittelbaren Wiederherstellung von Kriegsbetroffenen Gebietsteile der alliierten und assoziierten Mächte diesen nach näherer Bestimmung des Wiedergutmachungsausschusses das Material zu liefern, dessen Wert auf die Gutmachungsschuld angerechnet wird. Der Wiedergutmachungsausschuß hat diese Lieferungen noch nicht festgesetzt. Die deutsche Regierung sind bisher lediglich die Anforderungsmissionen der beteiligten Staaten zur Aeußerung mitgeteilt worden. Diese Listen, die die verschiedensten Erzeugnisse bis zu ganzen Fabriken umfassen, haben eine eingehende Prüfung erfahren, die im wesentlichen beendet ist, so daß die Arbeiten an Wiedergutmachungsausschuß zu führenden Verhandlungen demnächst begonnen können. Dabei wird genau festzustellen sein, welche Lieferungen im Rahmen der Leistungsfähigkeit Deutschlands möglich, welche gefordert werden, und welche mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage, in der sich Deutschland infolge des Krieges befindet, ausgeschlossen, ganz oder zum Teil unmöglich sind.

B. Um eine möglichst beschleunigte reibungslose Durchführung der Lieferungen sicherzustellen, erscheint folgender Plan geeignet:

1. Deutschland schafft eine umfassende Organisation der gesamten Industrie einschließlich des Handwerks für die Durchführung der Lieferungen. Die Organisation ist zweckmäßig wie folgt:

a) Soweit die Anforderungen das Spezialmaterial betreffen, das hauptsächlich von der Großindustrie hergestellt wird, die Vergebung durch Fachverbände der Industrie. Die Liste der bereits bestehenden Fachverbände ist aus der als Anlage beigefügten Uebersicht über den Aufbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu ersehen.

b) Soweit es sich um Massenartikel (sogenannte Massenware) handelt, an deren Herstellung das Handwerk und das Kleingewerbe beteiligt sind, werden die Lieferungen durch eine Ausgleichsstelle für die einzelnen Länder des Reiches verteilt. Die Länder bringen die Lieferungen durch besondere Auftragsämter in Gang. Solche Auftragsämter sind errichtet oder in der Bildung begriffen in Preußen, das außerdem Zweigstellen für die einzelnen Provinzen einrichten wird, in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen und den Hansestädten. Sowohl als auch die Fachverbände werden auf Grund des Reichsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 (Reichsgesetzblatt S. 1530) zu Leistungsverbänden bestimmt. Als solche sind sie notfalls im Zwangswege zur Bewirkung der angeforderten Lieferungen gehalten werden. Außerdem übernehmen beide die Haftung für tatsächliche Ausführung.

2. Die Schlußlieferungen sind zu den Weltmarktpreisen zu berechnen, damit die Auftragsämter und Fachverbände den gestellten Anforderungen gerecht werden können. In welchem Umfange und in welcher Weise die Anrechnung der Sachlieferungen erfolgt, wird der Ausschuß für die Wiedergutmachungsschuld bestimmt.

3. Spezialaufträge werden zwischen den mit der Ausführung beauftragten Stellen und den Verbänden der liefernden Unternehmungen vereinbart. Die Art, wie die verschiedenen Fachverbände und Regierungsstellen, die Behörden und Interessenvereinigungen der geschädigten Länder zusammenarbeiten, ist näher festzustellen.

4. Es empfiehlt sich, daß von jeder der beteiligten Regierungen und assoziierten Mächte eine doppelte Organisation geschaffen wird, die eine für die Prüfung der Anforderungen, die andere für die Empfangnahme der Lieferungen.

a) Die erste Organisation ist deswegen nötig, weil zu den Lieferungen eine Menge von Schäden innerhalb der gesetzten Frist zur Zeit der Praktisation angemeldet worden sind, die inzwischen durch Wiederherstellung der Geschädigten bei der deutschen Industrie durch Bezahlung aus Mitteln des Entschädigungsfonds der alliierten Regierungen erledigt sind.

b) Der zweiten Organisation würde auch die endgültige Abnahme der gelieferten Waren und die Rüge etwaiger Mängel zu übertragen sein.

5. Alle Organisationen sind aufzubauen auf der Grundlage einer tischer Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

6. Sicherheitsmaßnahmen sind gegen Mißbräuche zu treffen, die sich bei bureaukratischer Vermittelung von privaten Gesellschaften schleichen.

7. Einer aus Sachverständigen zu bildenden Kommission — eine Liste der Mitglieder kann deutscherseits alsbald vorgelegt werden — zu der nötigenfalls Regierungsvertreter zugezogen werden können, wird die Prüfung und Durchführung des Planes obliegen. Der Kommission werden Unterkommissionen für die einzelnen Waffengattungen angegliedert. Sie soll sofort an die Arbeit gehen.

Sodann heißt es weiter:

1. Die deutsche Regierung sieht den Zweck der schwebenden Verhandlungen darin, daß vorsicht werden soll, zu der vereinbarten endgültigen Regelung ihrer gesamten Reparationspflichten zu gelangen.

2. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß nach ihren Berechnungen die bis zum 1. Mai 1921 zu zahlenden 20 Milliarden Mark Gold nicht nur schon jetzt geleistet sind, sondern daß bereits ein sehr erheblich höherer Betrag gezahlt ist. Unterlagen stehen zur Verfügung.

3. Die Regelung für die Zukunft, die die deutsche Regierung als erfüllbar anerkennen soll, kann nur nach der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden. Hierbei ist besonders die Notwendigkeit zu berücksichtigen, den deutschen Etat zu balancieren, sonst werden rasch wachsende weitere Verschuldung und Inflation jede Leistungsfähigkeit zerstören.

4. Für das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit unterwirft die deutsche Regierung auf die übersichten Denkschriften. Sie verweist dabei auf die bisherigen Leistungen, die nur durch die Schwierigkeit der Grundlagen der Schätzungen gemacht werden. Es ist nicht einteilt und die unentbehrlichen deutschen Volkswirtschaft, Nahrungsmittel, Rohmaterialien, Futtermittel, Düngemittel und sonstige Rohstoffe zu angemessenen Zahlungsbedingungen einführen können.

5. Wird die deutsche Leistungsfähigkeit zugrunde gelegt, so ergibt sich folgendes:

a) Die Entschädigungspflicht ist in Annuitäten auszudrücken; die Mindesthöhe der Annuität ist festzustellen.

b) Die Pflicht zur Zahlung von Annuitäten wird auf die im Vertrag von Versailles genannte Frist von drei Jahren begrenzt.

c) Die Mindestannuität ist derart zu bemessen, wie es auf Grund der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit irgend möglich ist. Sie umfaßt daher alle Verpflichtungen Deutschlands, zu Sach- und Geldleistungen nach dem Vertrage von Versailles, also insbesondere auch die Verpflichtung zur Erstattung der Kosten der Okkupationsarmee.

d) Die Annuitäten werden teils durch Sachleistungen, die auf Grund des Vertrages von Versailles zu bewirken sind, gedeckt. Diese Sachleistungen sind grundsätzlich zum Weltmarktpreis anzurechnen; zu einem bestimmten anderen Teil sollen die Annuitäten in bar gezahlt werden. Soweit Deutschland Sachleistungen machen wird, die den durch Sachleistungen zu deckenden Teil der Annuitäten überschreiten, sind sie in bar zum Weltmarktpreis zu bezahlen.

e) Da die wirtschaftliche Entwickelung der nächsten dreißig Jahre heute nicht zu übersehen ist, soll die Beteiligung der alliierten Regierungen an der wesentlichen Besserung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands vorgesehen werden. Hierfür soll ein Indexschema ausgearbeitet werden.

f) Es ist eine Höchstsumme zu bestimmen, nach deren Abtragung Deutschland von jeder weitergehenden Entschädigungspflicht frei wird.

g) Für die Feststellung der Mindestannuität auf der Grundlage der deutschen Leistungsfähigkeit (a) und hierfür näher zu präzisierenden der deutschen Finanzhydrolyt nicht vorgesehenen Sicherungen für die Ausarbeitung des Indexschemas (e), für die Bestimmung der Höchstsumme (f) sowie für die Prüfung der Unterlagen nach Ziffer 2 sollen schnellstens Sachverständige beider Parteien zusammentreten. Die Durchführung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete und die Wiederherstellung der im Kriege zerstörten Gebiete bilden ein gemeinschaftliches Interesse der Völker, da die Gefahr besteht, daß die Gefahr des Hasses und der Schrei nach Rache nicht verschwinden, solange sie nicht durchgeführt werden. Die deutsche Regierung hat deshalb, obwohl nach dem Friedensvertrag eine Verpflichtung zur mitbeteiligten Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau nicht besteht, etwaig nach Unterzeichnung des Vertrages ihre Bereitschaft erklärt, sich an den Aufbauarbeiten zu beteiligen. Sie empfiehlt im gemeinsamen Interesse dringend, der Frage erneut näher zu treten. Dabei berücksichtigt sie auch die bei den bisherigen deutschen Lieferungen für die Zwecke des Wiederaufbaues gemachte Erfahrung, daß Materiallieferungen nicht ausschließlich dazu Verwendung finden, um den früheren Zustand der zerstörten Gebiete herbeizuführen, sondern von den Beschädigten keineswegs auch zum Aufbau einer neuen Existenz an anderen Orten benutzt werden.

Die deutsche Regierung gibt daher die Anregung, der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch ein großes internationales Siedlungsunternehmen vornehmen zu lassen. Der Plan ist folgendermaßen gedacht:

1. Es wird ein internationales Syndikat von Unternehmern gebildet, an dem allen Staaten die Beteiligung offen gehalten wird.

2. Das Syndikat erhält die Aufgabe, im Einvernehmen mit den unmittelbar beteiligten Regierungen die Aufräumung der zerstörten Gebiete durchzuführen, die industriellen, landwirtschaftlichen und Verkehrsanlagen wieder herzustellen und neue Heimstätten für die bisherigen Bewohner dieser Gebiete oder andere Siedler, die sich aus den sonstigen Gebieten der geschädigten Länder dorthin wenden, zu schaffen.

3. Das Syndikat zieht Unternehmer und Arbeiter aus den alliierten und neutralen Ländern, sowie aus Deutschland zu diesen Arbeiten heran.

4. Das Siedlungsunternehmen ist nach geschäftlichen, nicht nach bureaukratischen Grundsätzen zu leiten und so zu führen, daß von ihm keine übermäßigen Gewinne erzielt werden.

5. Alle Organisationen sind aufzubauen auf der Grundlage paritätischer Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

6. Bei grundsätzlichem Einverständnis mit diesem Plan würde alsbald eine Besprechung über die praktische Durchführung oder die Zuziehung von Vertretern der Regierungen und Staaten, die sich an dem Syndikat beteiligen wollen, ferner von Vertretern der Bevölkerung der zerstörten Gebiete, sowie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu veranstalten sein.

Endgiltige Einigung der Alliierten über die Verteilung der Entschädigung.

T. Paris, 12. Juli. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Der „Petit Parisien" meldet aus Spaa: Am Sonnabend abend und gestern wurde über die Verteilung der deutschen Entschädigung ein endgültiges Einvernehmen unter den Alliierten zustande gebracht. Der Anteil Frankreichs wird sich nicht verändern. Belgien wurde endgültig acht Prozent zugesprochen, ebenso alle Schiffe, die als gute Prise für Belgien erklärt worden sind. England schlug vor, daß die in Belgien während der Besetzung ausgegebenen Mark im Betrage von 1,26 Franc von Deutschland umgetauscht werden müßten.

Nicht nur Durchführung, sondern Verschärfung des Friedensvertrags.

R. Berlin, 12. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Aus Amsterdam wird dem „Lokal-Anzeiger" gemeldet: Millerand erklärte gegenüber Journalisten in Spaa, daß die Alliierten den festen einmütigen Willen gezeigt hätten, den Frieden von Versailles nicht nur durchzuführen, sondern zu verschärfen.

Die Beratungen über die Kohlenlieferung.

R. Berlin, 11. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Ueber die Verhandlungen in Spaa bezüglich der Kohlenlieferungen Deutschlands gibt das „Berliner Tageblatt" folgende Meldungen seines Sonderberichterstatters in Spaa.

Die Sitzung am Freitag.

Spaa, 9. Juli. Zum erstenmal hat heute Millerand den Vorsitz übernommen. Zum erstenmal hörte man einen Franzosen in offizieller Verhandlung mit einem Deutschen. Die Atmosphäre ändert sich mit einem Schlag. Ein schwerer Tag.

Die Kohlenfrage wird verhandelt. Zuerst spricht Stinnes, schlesischer Bergmann. Er betont den guten Willen Deutschlands, deutlich aber auch die Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zu kämpfen gehabt habe, vor allem den Streik der belgischen Eisenbahnarbeiter. Er erwähnte die Hochwasserschwierigkeiten, die großen Streiks im Ruhrgebiet. Er erwähnt auf der anderen Seite die Anstrengungen, die Deutschland habe, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Er erinnerte, daß Deutschland sich verwundbar sehr erheblich gesteigert hat. Er schloß mit der Hoffnung, daß die Verhandlungen zu einem Abkommen führen würden. Hierauf Millerand. Er spricht formaler, Staatsmann! Er habe mit großem Interesse zugehört. Der von Belgien gestellte Antrag, vor allem den Streik der belgischen Eisenbahnarbeiter, die Anschuldigungen Bergmanns seien sicht zu widerlegen. Der Streik habe nur an den Grenzen existiert und sei in wenigen Stunden beigelegt worden. (Das trifft nicht zu. Die Red.) Deutschland habe seine Lieferungen eigenmächtig vermindert. Dabei sei Er sei nicht über, um Sentimentalitäten vorzubringen, aber er erinnerte an die unnützen Zerstörungen in den französischen Bergwerken beim deutschen Rückzug.

Dann stellte Millerand die alliierten Forderungen. Sie schließen Lieferungen an Frankreich vor denen an die deutschen Ab-Kontrollstelle in Berlin, jederzeitige Nachprüfungskommission einzusetzende über die Verteilung der deutschen Kohlenlieferungen; zuletzt Besatzungsmaßnahmen. Deutschland schätzt nun eine kurze Unterbrechung zur Beschlußfassung durch die Deutschen. Simons lehnt das ab. Die Delegierten müßten die Sachverständigen hören. Es kommt nun eine Rede Millerands von beträchtlicher Länge, die seiner Hohn ist, auch wenn sie ganz überaus höflich stilisiert ist. Es soll jede Form der Courtoisie gewahrt werden. Alle Begründungen werde man morgen die Forderungen annehmen. Es handle sich um eine gemeinsame, nicht nur die Alliierten, sondern auch Deutschland angehende Frage, die auch zu seinem Nutzen gelöst werden müsse. Solche verbindlichen Sätzen hat Lloyd George nie gesagt. Trotzdem hat Millerand in wenigen Stunden das Niveau sehr gefährlich gesenkt. Im seiner Rede über nachgekommen sei. Millerand besprach besonders das Wort Kohlenlieferung ins neutrale Ausland machen dürfe, den Kohlenlieferungen verbundene Kreditabkommen mit Holland, auch Frankreich hätte, wenn es darum angegangen worden wäre, Deutschland jeden Kredit gegeben (?).

Die ganze Rede bedeutet Diktat. Alle seine Sätze bedeuten nur, daß morgen eine Entscheidung fallen muß. Heute nützlich. Die Delegation geht einen schweren Weg. Er muß zu Ende gegangen werden. Es ist zu bedauern, daß die Deutschen gegen die Drohklausel des bis morgen zu unterschreibenden Protokolls einen Protest eingelegt haben. Damit ist der deutsche Standpunkt völlig gewahrt. Wenn auch nur mit Rechtsmitteln. Simons erklärte im Namen der deutschen Delegation, daß die deutsche Regierung nicht imstande sei, ohne eingehende Besprechungen mit den Sachverständigen zu der Angelegenheit sich zu äußern. Es wurde darauf gegen 7 Uhr eine neue Sitzung auf Sonnabend 11 Uhr angesetzt.

Spaa, 9. Juli. An der Konferenz hat Millerand seine Forderungen mit Ueberreichung einer Note begleitet. Aus ihr ist noch zu erwähnen, daß ein Paralleltsystem zwischen Deutschland und Frankreich für die Kohlenlieferungen vorgeschlagen wurde. Nach Ablauf des ersten Jahres wird regelmäßig ein Prozentsatz festgesetzt, den Deutschland an Frankreich liefern muß, um diesen Stand zu bringen. Diese Prozentsatz nimmt ab im Maße, in dem sich die französische Produktion der Friedensleistung nähert, bis diese erreicht ist.

Die Sitzung am Sonnabend.

Spaa, 10. Juli. Die Sitzung hat einen Umschwung gebracht, auf den wohl niemand außerhalb des engsten Delegiertenkreises gefaßt war. Die scharfe Rede Stinnes', erwartet hatte, erfüllte bei Beginn der Sitzung, er kenne die interessanten Ausführungen der nicht offiziellen delegierten Sachverständigen nicht beantworten. Er müsse sich an die Ausführungen Simons' halten, wolle er bemerken wolle, daß sicher Simons gewisse Dinge nicht gesagt hätte, die heute morgen von anderer deutscher Seite geäußert werden sind. Hiesmal machte Millerand einige juristische Ausführungen über § 233 des Friedensvertrages, um zu beweisen, daß die Alliierten zu Repressalien in der Kohlenfrage berechtigt seien. Er streifte dann noch eine andere wahrscheinliche Angelegenheit und sagte dann: Simons habe heute morgen von Bestrafungsabsichten der Alliierten gesprochen. Nichts liege den Alliierten ferner. Sie wünschten, daß Deutschland seine volle Wirtschaftskraft, wie sie vor dem Kriege bestanden habe, wiedererlange, und sie wünschten, daß die Beziehungen zu Deutschland so friedlich und möglich sich gestalten. Bei dem Wort „pacifiques" suchte Millerand einen Augenblick nach einem anderen Ausdruck. Europa bedürfe der Ruhe. Millerand kam zu dem Schluß, daß die alliierten Delegierten möglichst baldige Besprechungen in den Kommissionen über die Kohlenfrage wünschten. Solche Kommissionsberatungen waren gestern morgen von Lloyd George verweigert worden.

Sofort wurde nun die Kohlenkommission zusammengestellt, die sich in ein benachbartes Hotel begab, um die Verhandlungen aufzunehmen. Sie hofft, bis Sonntag nachmittag um 3/4 4 Uhr fertig zu sein. Dann wird die Konferenz im Plenum wieder zusammentreten.

Es folgte eine Tagpause. Zum ersten Male unterhielten sich die deutschen Delegierten bei dieser Gelegenheit mit den Alliierten. Kleine Fortschritte. Nach der Tagpause ergriff Simons das Wort und sprach ziemlich unverständlich Millerand seinen Dank aus.

Nun stand die Entschädigungsfrage auf der Tagesordnung. Simons entwickelte in eingehenden Ausführungen die deutschen Absichten für die Entschädigung. Er teilte mit, daß ein Plan dafür ausgearbeitet worden sei. Lloyd George wünschte ihn möglichst schnell zu haben. Die Deutschen erklären, ihn bis Montag überreichen zu wollen. Es wird dann aber beschlossen, den Plan bis morgen abend fertigzustellen, damit die Alliierten ihn bis Montag studieren können. Das alles wird in freundschaftsmäßigem Ton verhandelt.

Simons machte Mitteilungen aus den allgemeinen Entschädigungsplänen der deutschen Regierung. Deutschland bedürfe vor allen Dingen eines festen Finanzplanes; sonst gehe es unter, weil es kein festes Budget machen könne. Das wirke auf die übrigen Mächte ungünstig zurück. Eine Gesamtsumme und Jahressummen festzustellen, sei schwierig, weil Deutschland über seine Leistungsfähigkeit sich selbst im Augenblick kein Bild machen könne. Weiterhin behandelt Simons die Frage der Garantieleistung durch das deutsche Volk. Auch darüber zu verhandeln sei Aufgabe der Sachverständigen. Er kommt dann auf die materielle Schadensersatzleistung. Die auf Grund des § 235 des Friedensvertrages wieder zu ersetzenden Gegenstände zerlegte er in zwei Gruppen; erstens handele es sich um sogenannte Spezialtlieferungen, die das Deutschland bestimmt besonders Verbände liefern können, ferner um sogenannte Katalogwaren, die durch die Industrie geschaffen werden könnten. Dann kommt er zu den eigentlichen Wiederaufbauarbeiten im zerstörten Gebiet. Jetzt über Einzelheiten zu geben, sei die Delegation nicht berechtigt. Er schlage aber ein großzügiges Ansiedlungsunternehmen vor, unter gleichzeitiger Zusammenwirkung der Industrien der betreffenden Länder, der Arbeitnehmer und der Arbeitnehmer, deren letzterer Schutz besonders zu pflegen sei. Bisher sei sehr zu bedauern, daß die geflüchteten Einwohner der zerstörten Gebiete wohl Entschädigungen annahmen, aber nicht zurückkehrten. Das müsse die Erbitterung angesichts der zerstörten Gebiete dauernd erhalten.

Alle diese Ausführungen hat Simons heute abend dann den deutschen Journalisten ausführlich wiederholt. Er deutete dabei an, daß man es nach eingehenden Verhandlungen doch für besser halte, morgen eine feste Summe zu benennen. (Das ist aber am Sonntag nicht geschehen. D. Red.)

Wenn man von der sogenannten „Atmosphäre" reden will, so muß man konstatieren, daß der heutige Tag mit einem großen Fortschritt endigt. Die Verhandlungsmethode entspricht jetzt den deutschen Wünschen. Aber sachlich ist noch nichts entschieden, und ohne Zweifel sind die Forderungen, die die Entente in der Kohlenfrage erhoben hat — besonders was die Priorität und die Kontrolle über die innere Verteilung der Kohlenlieferung angeht — derartig, daß, wenn sie aufrechterhalten werden, die Delegation vor äußerst schweren Entschließungen stehen wird. Das muß im Auge behalten werden. Millerands Umschwung ist ohne Zweifel bemerkenswert. Seine entschiedenen Worte erwangelten jeder Wärme im Tone, aber er sprach sie mit scharfer Bestimmtheit aus. Die Delegation wird dauernd zwischen Sorge und Hoffnung hin und her geworfen. Jetzt, in diesem Augenblick, ist man wieder eigen Mutes. Aber, wie gesagt, die sachlichen Entscheidungen stehen noch aus.

•

Der Berichterstatter des „Berl. Tagebl." beurteilt in der Meldung über die Sonnabendsitzung die Lage besser, als andere sie sehen. Nach den W. T. B.-Berichten, den französischen Pressestimmen und der Schilderung unseres Pariser Sonderberichterstatters ist die Situation vielmehr äußerst kritisch geworden.

Sitzung des Obersten Rats.

Spaa, 11. Juli. (W. T. B.) Der Oberste Rat hielt heute eine Sitzung ab und beschäftigte sich mit dem türkischen Friedensvertrag. Die Antwort wird den türkischen Delegierten endgültig am 17. Juli übergeben. Sie enthält einige Abänderungen zugunsten der Türkei. In der Zeschener Frage ist Volksabstimmung vorgesehen. Tschecho-Slowaken und Polen lehnen Sie jedoch ab und schlagen einen Schiedsspruch des belgischen Königs vor. In der Danziger Frage wurde die Verwaltung gemäß Artikel 104 des Friedensvertrages einer gemischten aus Danzigern und Polen bestehenden Kommission übertragen.

Teilnahme Amerikas an der Finanzkonferenz in Brüssel.

Washington, 11. Juli. (Havas.) Meldungen aus sicherer Quelle besagen, daß die amerikanische Regierung beabsichtige, sich durch drei Delegierte auf der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel vertreten zu lassen.

Spaa, 10. Juli. (W. T. B.) Nach einer Zeitungsmeldung soll die Interalliierte Finanzkonferenz, die sich in Brüssel hätte versammeln sollen, auf ein späteres Datum verschoben worden sein.

Der Zusammenbruch der polnischen Front.

T. Paris, 12. Juli. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) „Chicago Tribune" meldet aus Spaa: Der in Spaa anwesende polnische Ministerpräsident Grabski hat telegraphisch Pilsudski die nötigen Instruktionen gegeben, um sofort die Vorbereitungen wegen eines Waffenstillstandes mit den Bolschewisten einzuleiten.

Kowno, 11. Juli. (W. T. B.) Die litauischen Truppen haben im Laufe des heutigen Tages folgende Ortschaften, die von den Polen geräumt worden waren, besetzt: Maisogala, Podberzie und Dubinki. In Maisogala stehen die litauischen Truppen noch 20 Kilometer vor Wilna. Auch im Abschnitt Seiny beginnen die Polen abzuziehen. Die dort stehenden Truppen wurden an die bolschewistische Front geschickt. Nach sicheren Meldungen ist der Ort Swenziany (60 Kilometer nordöstlich Wilna! D. Red.) in den Händen der Bolschewiken.

Kowno, 11. Juli. (W. T. B.) Meldung des Litauischen Generalstabes vom 11. Juli: Die litauischen Truppen haben Kossatschizna besetzt und darüber hinaus bis gegen die Bahnlinie Dünaburg-Wilna vorgegangen. Litauische Truppen haben ferner Lukmenai, Kernowa und Musninkiai besetzt. Auf der ganzen Linie herrscht große Aufklärungstätigkeit.

Die Entente verspricht den Polen Hilfe.

R. Berlin, 12. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Der „Dena" wird aus Spaa gemeldet: Die Meldungen von der polnischen Front sowie die offiziellen Berichte Grabskis haben unter den Alliierten große Unruhe hervorgerufen. Sowohl am Donnerstag wie am Freitag konferierte Grabski stundenlang mit Lloyd George, Millerand und Foch. Auf die Erklärung, daß Polen ohne Unterstützung der Entente zusammenbrechen müsse, wurde ihm von Millerand sofortige Hilfeleistung zugesichert. Foch reiste bereits am Sonnabend nach Paris ab, um mit dem französischen Generalstab die Einzelheiten der Unternehmung zu besprechen. In seinen Darlegungen forderte Grabski auch erneut die Uebergabe der von Deutschland abzuliefernden Waffen an Polen. Millerand sagte zu, daß er sich sogleich in dieser Angelegenheit an die französische Kammer wenden werde, da ohne eine entsprechende Aenderung des Friedensvertrages die polnischen Forderungen nicht erfüllt werden könnten. Nach dem „Petit Parisien" wurde ein Vorschlag Grabskis, bei den Deutschen Munition kaufen zu dürfen, die zur Zerstörung und Abtiefung bestimmt sei, von den Alliierten abgeschlagen, da der Friedensvertrag von Versailles eine solche Abtretung verbiete. Dagegen sind die französische, die englische und die italienische Regierung bereit, in ihren Parlamenten die nötigen Schritte zu unternehmen, um Hilfeleistung für Polen zu erlangen.

Aus dem Reich.

Breslau, 12. Juli. (W. T. B.). Die Landesabteilung Schlesien der Reichszentrale für den Heimatdienst teilt mit: Nach Meldungen der deutschen Kommissare der Kreuzkommission sind die in Ausführung des Friedensvertrags an Polen abgetretenen Ortschaften Schleiße und Kunzendorf, im Kreise Groß-Wartenberg, Deutschland zugesprochen. Damit ist der Südteil des Kreises wieder mit seiner Kreisstadt verbunden. Die Uebergabe beider Dörfer erfolgt voraussichtlich in den nächsten Tagen. Auf Veranlassung des Bürgermeisters Groß-Wartenbergs und des Landrats wurden an den Reichskanzler und Außenminister in Berlin Telegramme gerichtet, worin der Kreisausschuß und die Stadt Groß-Wartenberg die dringende Bitte aussprechen, bei der Behandlung der oberschlesisch-polnischen Frage das Abstimmungsrecht der durch den Friedensvertrag abstimmungslos an Polen abgetretenen Kreise Groß-Wartenberg und Ramslau zu erwirken. Das rein landwirtschaftliche Gebiet habe für Polen nur im Zusammenhange mit Oberschlesien Interesse. — Das Selbstbestimmungsrecht erfordere deshalb das Abstimmungsrecht gleichzeitig mit Oberschlesien. (Groß-Wartenberg und Ramslau liegen der Nordwestecke des oberschlesischen Abstimmungsgebiets vorgelagert. D. Red.)

Exkaiserin Eugenie †.

T. Paris, 12. Juli. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Die frühere Kaiserin Eugenie, Gemahlin Napoleons III., ist gestern in Madrid beim Herzog von Alba an den Folgen einer Anämie gestorben. (Die frühere Kaiserin Eugenie von Frankreich, Witwe des 1873 im englischen Exil gestorbenen Kaisers Napoleon III., war am 5. Mai 1826 in Granada als Marie Eugenie de Guzman y Portocarrero, Gräfin de Teba geboren, hat also das hohe Alter von 94 Jahren nach um einige Monate überschritten. Mit ihr ist eine der markantesten Frauengestalten des abgelaufenen Jahrhunderts aus dem Leben geschieden. Es braucht nur an ihre Rolle erinnert zu werden, die sie im Sommer 1870 vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges gespielt hat. Für den Weltkrieg und seine Folgen soll die hochbetagte Greisin noch volles Verständnis bekundet haben. D. Red.)